

Blut für Öl!

Lobbying für eine deutsche Militärpräsenz am Persischen Golf

von Jürgen Wagner

Die deutsche Marine ist auf Kriegskurs – und zwar egal wohin, hat es den Anschein. Im Frühsommer war noch laut darüber [spekuliert](#) worden, die frisch vom Stapel gelaufene Fregatte F-125 „Baden-Württemberg“ zur Jungfernfahrt nach Ostasien zu schicken, um dort an gegen China gerichteten Manövern teilzunehmen. Seit einiger Zeit hat nun die Debatte um eine Entsendung deutscher Kriegsschiffe an den Persischen Golf Fahrt aufgenommen, die dort laut einiger Aussagen führender Politiker – ausgerechnet – zur „Deeskalation“ der Lage beitragen sollen.

Die Situation ist in der Tat ernst: Die USA scheinen im Rahmen ihrer Strategie des „Maximalen Drucks“ eine kriegerische Eskalation billigend in Kauf zu nehmen, wenn nicht gar anzustreben. Durch die Mitte September 2019 erfolgten Angriffe auf Saudi Arabien, für die die USA ohne eindeutige Beweise den Iran verantwortlich machen, gewinnt der Konflikt weiter an Brisanz. Doch falls irgendjemand ernsthaft glaubt, mit eigenen Kriegsschiffen (oder gar Bombardierungen) zur Beruhigung der Lage beitragen zu können, sitzt er einem schweren Irrtum auf. Zumal die Stimmen, die aktuell am lautesten nach einem Marineeinsatz rufen, vor allem strategische und ökonomische Interessen im Blick haben – und dies teils auch ganz offen sagen. So versuchte sich etwa der bayerische Ministerpräsident Markus Söder angesichts der Angriffe auf Saudi Arabien mit folgender Forderung zu [profilieren](#): „Die Marine braucht mehr funktionsfähige Schiffe, um unsre Handelsseewege zu sichern. Dazu gehört meiner Meinung nach auch ein Hubschrauberträger. Damit könnten wir vom leider bald eisfreien Nordmeer bis zum Südchinesischen Meer unseren Bündnisverpflichtungen nachkommen.“

Besonders lautstark mischen sich dabei aktuell auch drei „Sicherheitspolitiker“ in die Debatte ein, die u.a. mit einem jüngst erschienenen Papier nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Machbarkeit einer – womöglich sogar deutschgeführten – europäischen Marinemission betonten. Ziel ist es augenscheinlich damit die deutsche Politik, die aktuell eher zögerlich reagiert, unter Druck zu setzen, doch noch Segel in Richtung Persischer Golf zu setzen.

USA: Maximaler Druck

Schier endlos dauert der Streit um das iranische Atomprogramm bereits an, bei dem vor allem die USA dem Land vorwerfen, gezielt an der Herstellung von Nuklearwaffen zu arbeiten. Allerdings sind diese Anschuldigungen nach [Angaben](#) der „Internationalen Atomenergiebehörde“ (IAEO) haltlos, relevante Bemühungen in diese Richtung datieren auf die Zeit vor 2003.

Dennoch wurde das Land mit harten Sanktionen belegt und es sah sich permanent mit mal mehr mal weniger offenen US-Kriegsdrohungen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund einigten sich die Konfliktparteien im Juli 2015 auf den, auch Atomabkommen genannten, „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA). Im Austausch gegen weitreichende Aufla-

gen¹ auf sein Atomprogramm wurde die Aufhebung der Sanktionen versprochen und ab Januar 2016 auch umgesetzt. Auch wenn der Umgang beziehungsweise die doppelten Standards der „internationalen Gemeinschaft“ durchaus Fragen aufwerfen, war das

Abkommen dennoch insofern ein Erfolg, als nun die Aussicht auf eine wirtschaftliche Erholung und eine allmähliche Deeskalation bestand.

Genau diese Aussicht schien der ab Januar 2017 amtierenden Trump-Regierung auch von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen zu sein – trotz der häufigen Personalwechsel war der Konfrontationskurs gegenüber dem Iran eine der wenigen Konstanten, auf die in gewisser Weise Verlass war. Im April 2018 übernahm dann der langjährige Iran-Hardliner John Bolton das Steuer als Trumps Nationaler Sicherheitsberater und es dauerte nur einen Monat, bis die USA aus dem JCPOA im Mai 2018 ausstiegen. Kurz darauf wurden wieder neue US-Sanktionen gegen den Iran verhängt, womit das Atomabkommen faktisch beendet war. Der Iran kündigte daraufhin an, sich nun seinerseits schrittweise aus den Auflagen des Abkommens zurückzuziehen, was die USA dann wiederum als Rechtfertigung nahmen, noch stärker auf Eskalationskurs einzuschwenken.

Seither drängt sich der Verdacht auf, als suchten die USA – oder zumindest relevante Teile der US-Regierung – regelrecht nach einer Möglichkeit, einen Krieg vom Zaun zu brechen. Dies war schon bei dem mysteriösen Abschuss einer US-Drohne Ende Juni 2019 der Fall, dessen Urheber bis heute ungeklärt ist, für den aber dem Iran umgehend die Schuld in die Schuhe geschoben wurde. [Berichten](#) zufolge soll US-Präsident Donald Trump einen geplanten Raketenangriff als Vergeltung für den Drohnenabschuss erst in letzter Minute abgesagt haben.

Der nächste Streich folgte unmittelbar darauf Anfang Juli mit der Festsetzung des iranischen Tankers „Grace 1“ durch Gibraltar. Das Ganze erfolgte unter rechtlich mehr als zweifelhaften Umständen und dürfte wohl maßgeblich auf britisches und amerikanisches Betreiben zurückzuführen gewesen sein – so jedenfalls die Einschätzung des österreichischen [Standard](#): „Als Rechtsgrundlage für die Anhaltung der Grace 1 diente jedoch eine Anlassverordnung des Gouverneurs von Gibraltar: Die Fracht der Grace 1 sollte demnach an die Banias Refinery Company gehen, die auf der EU-Sanktionsliste aufscheint. [...] Interessant ist, dass laut ‚The Syria Report‘ Gibraltar nur einen Tag zuvor, am 3. Juli, seine eigenen einschlägigen Verordnungen abgeändert hatte, die ihm am 4. Juli erlaubten, die Grace 1 zu stoppen: Demnach können Schiffe beschlagnahmt werden, die EU-Sanktionen brechen. Es gibt jedoch Spekulationen, dass die Behörden in Gibraltar auf Druck der USA handelten und London selbst quasi überrumpelt wurde.“

Jedenfalls kam es daraufhin, wie es kommen musste, denn als „Kompensation“ beschlagnahmte der Iran kurz darauf das unter britischer Flagge fahrende Schiff „Stena Impero“. Im Anschluss daran setzten dann die Forderungen nach einer Entsendung westlicher Kriegsschiffe zum Schutz – oder, je nach Sichtweise: zur Kontrolle – der Schifffahrtswege am Persischen Golf und besonders der Straße von Hormus ein. Allerdings zogen sich die diesbezüglichen Diskussionen in die Länge, weil sich eine Reihe von EU-Staaten nicht in einen US-geführten Einsatz einklinken wollten. Um Nägel mit Köpfen zu machen – und augenscheinlich ohne Absprache mit den „Ver-

bündeten“, die hiervon auf dem falschen Fuß erwischt worden waren – **verkündete** US-Verteidigungsminister Mark Esper dann Ende August 2019, man habe mit dem US-geführten Einsatz „Operation Sentinel“ unter Beteiligung von Kriegsschiffen aus Großbritannien, Australien und Bahrain bereits begonnen. Am 19. September 2019 **traten** dann auch noch zu allem Überfluss Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate der „Operation Sentinel“ bei, die inzwischen unter dem Namen „International Maritime Security Construct“ firmiert.

Deeskalation per Kriegsschiff?

Das ganze Setting hat Großes Eskalationspotenzial und es besteht, wie gesagt, Anlass zur Sorge, dass zumindest manche Akteure in der US-Regierung genau das beabsichtigen. Aus diesem Grund ist es auch völlig richtig, dass sich Deutschland und andere EU-Staaten nicht an der „Operation Sentinel“ beteiligen wollen. Doch stattdessen, wie zuerst von Außenminister Heiko Maas Anfang August **gefordert**, eine „europäische Mission“ als vermeintliche Alternative ins Spiel zu bringen, ist ebenfalls ein gefährlicher Holzweg.

Dieser Idee konnte umgehend etwa auch Grünen-Chef Robert Habeck etwas abgewinnen, der daraufhin in einem **Interview** erklärte, man wolle „in keinem Fall unter amerikanischer Führung“ agieren. Deutschland müsse „in Verantwortung gehen“, was auch beinhalte, in letzter Konsequenz – und verkauft als „deeskalierende Maßnahme“ – Kriegsschiffe zu entsenden: „Sind aber alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft, können wir uns eine Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Mission vorstellen, wenn das hilft zu deeskalieren und es eine klare Rechtsgrundlage gibt.“

Wie wenig es mit „Deeskalation“ zu tun hat, deutsche Kriegsschiffe an den Golf zu schicken, zeigt schon allein, dass sich selbst Ralf Nagel, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Verbandes Deutscher Reeder, dagegen **aussprach**: „Wir haben kein Interesse an einer Eskalation am Persischen Golf. Die Straße von Hormus ist ein Flaschenhals. Der Manövrierraum für Handels- und Kriegsschiffe in internationalen Gewässern ist äußerst begrenzt. Der Raum ist derart eng, dass er kaum Platz für Kriegsschiffe bietet. Man gerät da sehr schnell in die Hoheitsgewässer der Anrainerstaaten. Je mehr Kriegsschiffe im Persischen Golf unterwegs sind, desto stärker steigt die Gefahr einer Eskalation. Die Straße von Hormus ist eine überfüllte Meeresautobahn. Unserer Meinung nach müssen alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Wir brauchen eine Deeskalation – gerade im Interesse der Schifffahrt und unserer Seeleute. Unserer Ansicht nach gilt der Primat der Diplomatie – vor allen Überlegungen über mögliche Marine-Missionen. Am Ende müssen die Staaten am Persischen Golf selber ein Sicherheits-Management organisieren, die eine gemeinsame Absicherung der freien Passage ermöglicht.“

Dass hier womöglich ganz andere Überlegungen als „deeskalierende“ Motive am Werk sind, liegt natürlich auf der Hand und wird von hochrangigen Politikern – wenn auch nicht in aller Deutlichkeit – auch eingestanden. Der CDU-Militärpolitiker Roderich Kiesewetter etwa **gibt** an: „Die Glaubwürdigkeit Europas steht massiv auf dem Spiel. [...] Am Seitenrand stehend zu kommentieren, wird dem Iran vielmehr weitere Freiräume bieten, die Grenzen seiner Provokationsstrategie gegenüber den USA auszutesten.“ Und auch für Habeck ist ein wesentliches **Motiv** für ein Engagement: „Europa muss welt-politikfähig werden.“

Iran-Atomabkommen: Auflagen

„Am 14.07.2015 unterschrieben die E3+3 und Iran das Abkommen. [...] Seither unterliegt das iranische Nuklearprogramm strengen Begrenzungen. Zu den Verpflichtungen gehört insbesondere: Zwei Drittel der Zentrifugen abbauen; Vorrat an angereichertem Uran nahezu vollständig nach Russland ausführen; Kern des Plutoniumreaktors Arak mit Beton füllen und dadurch unbrauchbar machen; Für zehn Jahre maximal 5.060 Zentrifugen der ersten Generation in der Anlage Natanz zur Anreicherung nutzen; Für 15 Jahre Uran nicht auf einen Grad von über 3,67% anreichern; Zu keinem Zeitpunkt mehr als 300 kg angereicherten Urans (Uranhexafluorid) im Land lagern; Die unterirdische Anlage Fordow nicht mehr zur Anreicherung nutzen; Forschungsreaktor Arak so umbauen, dass er für die Herstellung von waffenfähigem Plutonium untauglich ist; Für 15 Jahre auf Aktivitäten im Bereich Wiederaufbereitung von Brennelementen zu verzichten; In Iran die weltweit strengsten Kontrollen durch die IAEO zulassen; Handel mit Nukleartechnologie bzw. doppelverwendbaren Gütern künftig durch einen international überwachten Beschaffungskanal („Procurement Channel“) abwickeln;“ (Die Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm, Auswärtiges Amt, 28.06.2019)

Blut für Öl!

Von dem Zeitpunkt, als Außenminister Maas Anfang August 2019 die Debatte um einen möglichen EU-Marineinsatz unter deutscher Beteiligung angestoßen hatte, wurde von zahlreichen Richtungen Druck in diese Richtung ausgeübt. Wolfgang Ischinger, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, stieg beispielsweise mit dem **Argument** ein, der „Exportweltmeister Deutschland“ dürfe bei dem Gerangel um eine der wichtigsten Schifffahrtsrouten in einer der geopolitisch bedeutendsten Weltgegenden nicht von der „Reservebank aus zuschauen“.

Auch der „Bund Deutscher Industrieller“ (BDI) **sprach** sich für einen Marineinsatz aus. In einem seiner Hausblätter, der **Wirtschaftswoche**, titelte am 10. August der medial überaus präzise Carlo Masala, Professor an der Bundeswehr-Universität in München: „Kein Blut für Öl!“ – man beachte das Fragezeichen!

Masala ist sichtlich verärgert über die aus seiner Sicht immer noch zu verklausulierten Begründungsversuche seitens deutscher Politiker. Er spricht von einer „sicherheitspolitischen Provinzposse“ und geißelt die aus seiner Sicht „autistische Debatte“ über einen möglichen Einsatz am Golf in seinen „Anmerkungen zu einer verlogenen Debatte“: „Die politischen und ökonomischen Eliten haben das geostrategische Denken verlernt. Natürlich muss Deutschland seine wirtschaftlichen Interessen notfalls auch militärisch verteidigen. Und natürlich braucht es dazu auch mehr Geld für die Bundeswehr.“

Setze kein Umdenken ein, könne man sich von allen machtpolitischen Ansprüchen verabschieden, so der Kern seiner Kritik: „Wenn es um geostrategisches, geopolitisches und geoökonomisches Denken geht, steckt ein Großteil der politischen Elite, aber auch der deutschen Wirtschaft immer noch in den Kinderschuhen. [...] Damit verabschiedet sich Deutschland aus der Globalpolitik des 21. Jahrhunderts, die durch geostrategisches und geoökonomisches Denken und Handeln geprägt sein wird. Wenn uns die Bereitschaft fehlt, unsere Interessen an

einer liberalen Weltordnung notfalls mit militärischer Macht zu verteidigen, werden am Ende jene gewinnen, die diese Ordnung ablehnen. Und das ist nicht im deutschen Interesse.“

Ob die Politik allerdings tatsächlich so naiv ist, wie Masala glaubt, oder ob sie nicht einfach skeptisch ist, der Bevölkerung ein solches Begründungsbündel für den Einsatz von Kriegsschiffen schmackhaft machen zu können, sei hier dahingestellt. Vielleicht darf man ja sogar hoffen, dass dem ein oder anderen Spitzenpolitiker tatsächlich Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer Deeskalation per Kriegsschiff gekommen sein mögen. Jedenfalls ging Masala am selben Tag mit einem ausführlichen Papier in die Offensive, um der aus seiner Sicht hinkenden Debatte auf die Sprünge zu helfen.

Optionspapier: Kriegsschiffe am Golf

Zusammen mit Christian Mölling und Torben Schütz von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP) veröffentlichte Masala am 10. August 2019 das **Non-Paper** „Ein Schiff wird kommen? Deutschlands Optionen für einen Marineeinsatz in der Straße von Hormus“. Ziel war es, eine positive Stimmungslage für die Entsendung deutscher Kriegsschiffe an den Golf zu erzeugen. Das Non-Paper wurde in der „Community“ und den Medien ausführlich rezipiert und am 28. August 2019 unter demselben Titel als **DGAPkompakt** in einer Endfassung veröffentlicht.

Zwar betonen die Autoren, es sei wünschenswert gewesen, wenn sich Deutschland an der „Operation Sentinel“ der USA beteiligt hätte, doch da dies nicht der Fall ist, bemüht sich das Papier, die Notwendigkeit und Machbarkeit eines – im „Optimalfall“ deutschgeführten – EU-Marineeinsatzes unter Beweis zu stellen. Diskutiert werden dabei zwei mögliche Einsatztypen: eine Beobachtermission, die vom Außenministerium favorisiert würde und eine Schutzmission, der vor allem das Kanzleramt „einiges abgewinnen“ könne. Dabei sei es allerdings auch bei der Beobachtermission erforderlich, dass „Missionsmandat und Einsatzregeln den Eingriff in Notsituationen erlauben, einschließlich der Anwendung von angemessener Gewalt und zum Schutze anderer.“

Praktischerweise ähnelt sich deshalb auch der Truppenbedarf beider Missionen, für die Beobachternvariante brauche es „fünf Fregatten oder Zerstörer mit Bordhubschraubern, davon ein Führungsschiff“, ferner ist die Rede von „drei Seefernaufklärern“ sowie „ein bis zwei Versorger/Tanker“. Bei einer Schutzmission kämen noch „zwei Korvetten“, „Vessel Protection Teams“ und ein „Force Headquarter im Einsatzgebiet“ hinzu.

Dies führt zur ersten an die Adresse der Politik gerichteten Kernaussage des Papiers: nämlich dass die erforderlichen Marinekräfte für beide Missionstypen vorhanden seien: „Die Anforderungen an die Ausrüstung unterscheiden sich bei den Missionstypen nicht erheblich. Vergleicht man die vorhandene Ausrüstung mit dem, was gebraucht wird, können auf den ersten Blick beide Missionstypen von den 27 EU-Staaten allein bestückt werden.“ Die Machbarkeit der Mission ist also aus Sicht der Autoren absolut gegeben (was im Übrigen von Fachleuten durchaus bestritten wird, siehe dazu etwa die Debatte in den Kommentaren bei **Augengeradeaus**). Und ebenso verhält es sich aus ihrer Warte mit der Notwendigkeit einer solchen Mission: „Deutschland sollte zum Erhalt seines außenpolitischen Gestaltungsanspruchs und zur Wahrung seiner Interessen eine Mission mitentwickeln und sie gegebenenfalls führen.“ Hierfür nennen sie vor allem ökonomische Gründe: „Als im- und exportabhängige Nation hat Deutschland ein vitales Eigeninteresse an der Freihaltung der Seewege.“

Weiter gehe es aber auch ganz grundsätzlich darum, den Verbündeten die deutsche militärische Handlungsbereitschaft zu demonstrieren, an der es in den letzten Jahren massiv gemangelt habe. Gelingen dies nicht, führe das zu einem weiteren Einflussverlust: „Die Debatte um die Mission ist aus Sicht der Partner Deutschlands ein weiterer Beweis dafür, dass die Bundesrepublik in außen- und sicherheitspolitischen Fragen nur noch bedingt zuverlässig ist. Sie reiht sich ein in die negative Wahrnehmung deutscher Positionen zu Themen wie dem Zwei-Prozent-Ziel für die Verteidigungsausgaben, der Gas-Pipeline Nord Stream 2 und der Syrienpolitik bis zurück zur Libyenintervention 2011.“

So wird ganz nach dem Motto „Dabeisein ist alles“ für eine Beteiligung an einer EU-Mission allein schon mit dem Argument geworben, damit könne „Deutschland seinen angeschlagenen außen- und sicherheitspolitischen Ruf verbessern, wenn es die Initiative übernimmt, die mittlerweile gewachsenen Zweifel der Partner überwindet und die Mission am Ende sogar führt.“ Gleiches gelte im Übrigen auch für die Europäische Union als Ganzes, der ein „Offenbarungseid“ drohe, sollte sie den Einsatz nicht zuwege bringen. In diesem Fall sei dies ein erneuter „Beweis für ihre mangelnde sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsbereitschaft.“

Koordinierte Präsenz?

Das DGAP-Papier, wurde – mutmaßlich bewusst – im Vorfeld des Treffens der Außen- und Verteidigungsminister Ende August 2019 in Helsinki in die Debatte eingespeist, um die für dort angekündigten Gespräche über einen möglichen EU-Marineeinsatz zu beeinflussen. Dem war zwar kein Erfolg auf ganzer Linie beschert – ein solcher Einsatz wurde bis auf weiteres erst einmal vertagt –, in nahezu allen Berichten, u.a. dem zentralen **DPA-Bericht** über das Treffen, der breit übernommen wurde, tauchte das DGAP-Papier aber ausführlich als Verweis auf, wie wichtig und machbar ein solcher Einsatz doch wäre.

Genauer betrachtet wurde einem Marineeinsatz beim Treffen der Außen- und Verteidigungsminister in Helsinki allerdings keine komplette Absage erteilt. Stattdessen wurde beschlossen, das schon länger in Arbeit befindliche Konzept einer „Koordinierten Marinepräsenz“ auf den Weg zu bringen. Bei **Europäische Sicherheit und Technik** (ESUT) werden die Grundzüge folgendermaßen beschrieben: „Die Idee: die Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten, die in einer ‚Zone von strategischem Interesse‘ in nationalem Auftrag unterwegs bzw. anwesend sind, besser zu koordinieren.“

Zwar soll das Konzept jetzt zuerst am Golf von Guinea „erprobt“ werden – eine spätere Übernahme für den Persischen Golf wurde aber laut ESUT aber explizit nicht ausgeschlossen: „In Hinblick auf das nun zu vervollständigende Konzept koordinierter maritimer Präsenz schloss die Hohe Vertreterin nicht aus, dass dies (Anmerkung: gemeint ist eine vergleichbare Operation im Bereich Persischer Golf und in der Straße von Hormuz) in Zukunft eine Option sein könnte, aber es ist definitiv zu früh, um zu sagen, dass dies heute eine Option für die Europäische Union sein könnte, um sie in diesem Bereich einzusetzen.“

Teile der „Community“ sind dennoch sehr erbost über das aus ihrer Sicht zaudernde Herangehen an eine Marinemission: „**Feigheit vor dem Volk**“, wirft zum Beispiel Alan Posener der Bundesregierung in der September-Ausgabe des Zentralorgans der deutschen Außenpolitischen Eliten, der „Internationalen Politik“, vor. Es ist also davon auszugehen, dass interessierte

Kreise auch weiter darauf drängen werden, dass Deutschland sich militärisch am Golf betätigt.

Zwar war der Rauswurf des Iran Hardliners John Bolton als Trumps Nationaler Sicherheitsberater am 10. September 2019 ein Lichtblick, der sich aber sofort durch die – wiederum unter bislang völlig ungeklärten Umständen erfolgten – Angriffe auf Saudi Arabien wieder eintrübte. Es wird abzuwarten bleiben, wie sich die gefährliche Situation weiter entwickeln wird.

Es steht in jedem Fall zu hoffen, dass die Bedenken gegen eine deutsche Entsendung von Kriegsschiffen, wie sie etwa vom Verband Deutscher Reeder formuliert wurden, die Oberhand behalten werden. Weitere Argumente, weshalb von einem solchen Einsatz unbedingt Abstand genommen werden sollte, lieferte interessanterweise auch ein anderer **DGAPstandpunkt**, der augenscheinlich als Replik auf die Forderungen von Masala und Konsorten verfasst wurde: „Die Beschaffenheit des Seeweges birgt ebenso Konfliktpotenzial: Die Straße von Hormus liegt in iranischen und omanischen Hoheitsgewässern, es handelt sich um einen sehr schmalen Seeweg. Weitere Schiffe und Akteure erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Zwischenfällen

und tatsächlichen oder wahrgenommenen Provokationen. Eine unbeabsichtigte Eskalation einschließlich des Einsatzes militärischer Mittel könnte die Folge sein, ganz besonders bei einer Beteiligung der USA und Israels. [...] Eine US-geführte Mission setzt die US-Politik des ‚maximalen Drucks‘ gegenüber dem Iran fort. Eine weitere europäische, möglicherweise internationale Mission würde den Druck auf den Iran noch weiter steigern und seine internationale Isolation befördern. Die Europäer inklusive Deutschland würden damit die aus iranischer Sicht gefährliche US-Politik stärken und sich ihr anschließen. Glaubwürdigkeit büßen die Europäer eh schon ein, indem sie den Iran nicht ausreichend wirtschaftlich unterstützen und das Barterssystem (Instex), ein Handels- und Zahlungssystem, das den US-Markt umgehen soll, wirkungslos bleibt. Mit der Beteiligung an einer Mission würde Deutschland weiter an Glaubwürdigkeit und diplomatischem Kapital für einen notwendigen Dialog mit dem Iran über die akute Krise im Seeweg hinaus verlieren. Auch vor dem Hintergrund einer möglichen zweiten Amtszeit Trumps wäre dies fatal. Denn der Iran wird ein sehr problematischer Akteur in der Region bleiben.“

Bundeswehrstandorte: Noch Bedarf vorhanden

Im Jahr 2010 wurde die »Neuausrichtung« der Bundeswehr beschlossen, die unter anderem die Aussetzung der Wehrpflicht und eine deutliche Reduzierung des Streitkräfteumfangs vorsah. 2011 folgte das entsprechende Stationierungskonzept: Der Personalbestand sollte deutlich verringert, die Zahl der Bundeswehrstandorte von 394 auf 263 reduziert werden. Dadurch sollten mehrere Flächen ihren Status als militärisches Sperrgebiet verlieren; einer zivilen Nutzung zahlreicher vormals militärisch genutzter Flächen schien nichts mehr im Wege zu stehen.

Stück für Stück werden die geplanten Standortschließungen nun jedoch rückgängig gemacht. Wie am Donnerstag bekannt wurde, plant die Bundeswehr konkret, folgende Standorte nicht, wie ursprünglich vorgesehen, an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) abzugeben: Die Barnim-Kaserne im brandenburgischen Strausberg, den Fliegerhorst Kaufbeuren im Allgäu, die Fliegerhorstkaserne in Trollenhagen (Mecklenburg-Vorpommern), die Theodor-Körner-Kaserne in Lüneburg, den Flugplatz Diepholz, die Jägerkaserne Bückeburg (alle drei Niedersachsen), zudem zwei Dienstliegenschaften in Köln und Münster, die Boelcke-Kaserne in Kerpen (alle drei Nordrhein-Westfalen), die Klotzberg-Kaserne in Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz) und die Hugo-Junkers-Kaserne in Alt Duvenstedt (Schleswig-Holstein). Für all diese Liegenschaften sei nun »ein dauerhafter Bedarf für die Zwecke der Bundeswehr festgestellt« worden, so

der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Peter Tauber (CDU).

Absehbar war die Wiederaneignung von Liegenschaften durch die Bundeswehr bereits seit einiger Zeit. Im Koalitionsvertrag hatten CDU und SPD im Februar 2018 festgelegt: »Vor einer endgültigen Abgabe von Liegenschaften der Bundeswehr werden wir (...) jeweils noch einmal den zukünftigen Bedarf prüfen. Unseren Bedarf werden wir auch in Hinblick auf Liegenschaften prüfen, deren Abgabe bereits vollzogen ist.« Bereits drei Monate später, im Mai 2018, wurde die Schließung von fast 50 Liegenschaften ausgesetzt oder um Jahre verschoben. Im Januar 2019 legte das Verteidigungsministerium nach: In einer Pressemitteilung mit dem treffenden Titel »Eine wachsende Bundeswehr braucht Platz« kündigte die Bundeswehr an, acht Munitions- und Materiallager wieder in Betrieb zu nehmen. Nun folgen – nur etwas mehr als ein halbes Jahr später – weitere elf Liegenschaften, die sich die Bundeswehr erneut aneignet. Das ist für viele betroffene Gemeinden ein ziemlicher Schlag, da sie zum Teil bereits konkrete Pläne für eine Konversion, also eine zivile Umnutzung, der Areale hatten.

Für die Theodor-Körner-Kaserne in Lüneburg war beispielsweise die Schaffung von Wohnraum und die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs vorgesehen. Im Fall der unweit des Hambacher Forsts gelegenen Boelcke-Kaserne bei Kerpen gab es ebenfalls Konversionspläne: Um den Wegfall öko-

logisch schützenswerter Naturgebiete durch den Braunkohletagebau Hambach wenigstens teilweise zu kompensieren, sollte das Areal renaturiert und einer ökologisch verträglichen Nutzung zugeführt werden, um »zur Aufwertung der Teil-FFH-Gebiete [EU-Schutzgebiete für Natur- und Landschaftsschutz] beizutragen«, so die Stadt Kerpen. RWE hätte diese Renaturierung bezahlen sollen. Doch diese Pläne müssen jetzt verworfen werden, da die Bundeswehr das Gelände nun doch weiter nutzen will.

Die Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) beobachtet den Trend der (Wieder-)Aneignung von Flächen durch das Militär bereits seit längerem mit Sorge: »Etwa seit 2013 verhindert das Verteidigungsministerium regelmäßig die Konversion ehemaliger militärischer Liegenschaften.«

Tobias Pflüger, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag, hält ebenfalls nichts von der »großangelegten Rückübernahme der Fläche durch die Bundeswehr«. Er erklärte angesichts der jüngsten Meldung über ausbleibende Standortschließungen: »Dass nun immer mehr Standorte doch nicht geschlossen werden sollen, ist Ausdruck der massiven Aufrüstung, die hier gerade im Gange ist.« Die Bundeswehr werde »personell und finanziell hochgerüstet, wofür Jahr für Jahr immer mehr Milliarden Euro ausgegeben werden. Diese Aufrüstung macht sich nun auch in der Fläche bemerkbar.«

Alexander Kleiß